

Berlin (14.04.2011 - 07:45 Uhr) - Thilo Sarrazin hat in Deutschland verheerende Spuren hinterlassen. Zu diesem Urteil kommen die Wissenschaftler des Sachverständigenrats Integration und Migration (SVR) bei der Vorstellung ihres Jahresgutachtens 2011. „Den größten Flurschaden hat Sarrazin bei der Stimmung unter den Einwanderern angerichtet“, sagt der bekannte Migrationsforscher Klaus J. Bade. Aber auch die Attraktivität Deutschlands nach außen habe durch die Äußerungen des Ex-Bundesbankers gelitten. „Sarrazin hat Deutschland ein doppeltes Eigentor beschert“, so Bade. In Umfragen sei ein eklatanter Vertrauensverlust zu diagnostizieren, der Optimismus hinsichtlich Integration sei abgestürzt, so Bade.

Zum zweiten Mal legt der Sachverständigenrat sein Jahresgutachten vor - die neun Wissenschaftler, darunter neben Bade auch Thomas Staubhaar, Direktor des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts, verstehen sich als Bewertungsgremium. Sie wollen die Regierung handlungsorientiert beraten.

Das Ergebnis ihres neuen Berichts ist eine Ohrfeige für die Politik. „Der Braindrain läuft“, sagt Forscher Bade. Deutschland brauche ein komplett neues Steuerungssystem für Zuwanderung. In den vergangenen 15 Jahren habe das Land eine halbe Million Menschen mehr ans Ausland verloren als neu dazu gewonnen. Menschen im besten Erwerbsalter, die durchschnittlich höher qualifiziert seien als die arbeitende Bevölkerung Deutschlands. Von all jenen, die in den vergangenen Jahren ins europäische Ausland abwanderten, hätten 49 Prozent einen Hochschulabschluss, in der Bevölkerung seien es nur 29 Prozent. „Man wird sich in Berlin beeilen müssen. Die Konkurrenz schläft nicht“, warnt Bade. Deutschland müsse attraktiver werden - nach außen und nach innen. Eine weltweite Umfrage habe ergeben, dass Deutschland nach Einschätzung von Führungskräften in der Rangliste der Talentschmieden auf Platz vier rangiere - hinter China, den USA und Indien. Es sei also damit zu rechnen, dass aus Deutschland weiterhin gezielt abgeworben werde, so Bade.

Die Forscher haben konkrete Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet. Sie fordern ein Drei-Säulen-Modell, um mehr Fachkräfte nach Deutschland zu holen.

- Das Mindesteinkommen für ausländische Hochqualifizierte müsse von derzeit 66.000 Euro Jahresbrutto auf 40.000 Euro gesenkt werden.
- Studenten aus dem Ausland sollen nach dem Abschluss statt einem, zwei Jahre Zeit bekommen, um in Deutschland einen Arbeitsplatz zu finden. Sie seien „die ideale Zuwanderergruppe“, jung, gut qualifiziert, vertraut mit deutschen Institutionen und der Sprache.
- Ein flexibles Punktesystem müsse eingeführt werden. Zunächst solle es einen Modellversuch geben, der begrenzt ist auf jene Bereiche, die am stärksten unter Fachkräftemangel leiden: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik. Wer eine bestimmte Punktzahl erreicht hat, solle auch ohne Arbeitsvertrag nach Deutschland kommen können. Eine hohe Punktzahl soll es, so fordern es die Forscher, für akademische Abschlüsse geben, für gute Englisch- oder Deutschkenntnisse, junge Fachkräfte sollen älteren vorgezogen werden.

Außerdem müsse es einen realistischen Blick auf mögliche neue Herkunftsgebiete künftiger Zuwanderer geben, etwa aus Nordafrika, aus Zentralasien, aus Indien. Diese Länder würden an Bedeutung gewinnen, die Verbindungen zu ihnen müssten ausgebaut werden.

Ändere sich an der deutschen Migrationspolitik nichts, seien die Aussichten düster, so das Resümee der Wissenschaftler. Komme es zu keiner erneuten Wirtschaftskrise könnten Deutschland 2015 schon drei Millionen Arbeitskräfte fehlen, so Migrationsforscher Bade.

Positiv bewertet der Wissenschaftler hingegen die temporäre Zuwanderung Niedrigqualifizierter. Hier sei Deutschland in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich gewesen. 2009 seien fast 300.000 Zuwanderer vorwiegend aus Osteuropa für eine befristete Arbeit gekommen.

Einen grundsätzlichen Vorwurf richtet der Sachverständigenrat an die Politik: Sie spiele mit vermeintlichen Ängsten der Bevölkerung, nehme die Menschen nicht ernst. Die Politik muss aufhören, eine „Kulturpanik zu schüren, die die Gesellschaft spaltet“ und dürfe das Land nicht weiter nach außen blamieren, so Bade. Die Bürgergesellschaft nämlich sei bezüglich Migrationsthemen viel informierter, vernünftiger und belastbarer als es die Politik annimmt. Das sei das Ergebnis des Migrationsbarometers des SVR, für das knapp 2500 Personen befragt wurden.

So befürworte knapp die Hälfte aus der Mehrheitsgesellschaft eine weitere Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden, unter den Migranten sind es dem Barometer zufolge knapp 41 Prozent. 60 Prozent aller Befragten wollen mehr Hochqualifizierte nach Deutschland holen, insgesamt sorgen sich die Menschen, weil das Land immer mehr Qualifizierte verliere. „Es tut sich eine Kluft auf zwischen aufgeregten Diskussionen und einer Bevölkerung, die Migration gut informiert und interessengeleitet sieht“, so Gunilla Fincke, Geschäftsführerin des SVR.

Auch zu den politischen Umwälzungen in der arabischen Welt nahm der Rat Stellung. Forscher Bade forderte eine Art Marshall-Plan für Nordafrika - die EU müsse den Ländern Entwicklungsperspektiven bieten. Grundsätzlich müssten Entwicklungs- und Migrationspolitik enger miteinander verknüpft werden.

Autor: Anna Reimann © SPIEGEL ONLINE